

Volkszeitung

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Volkswille
für Oberschlesien

Schriftleitung und Geschäftsstellen:
Lodz, Petrikauer Straße 109
Telephon 136-90 — Postfach-Numm. 63-508
Kattowitz, Plebiszytowa 35; Bielsk, Republikanska 4, Tel. 1294

Volksstimme
Bielsk-Biala u. Umgebung

Zuspikung der Lage in Palästina.

**Arabishe Sabotageakte. — Große Erregung in englischen Kreisen.
Die Juden organisieren einen Selbstschutz.**

Jerusalem, 22. Mai. Der Sprecher der Araber von Jaffa erklärte, es seien neue Unruhen in Jaffa zu befürchten, falls die Lösung von Waren in Tel Aviv während der letzten 24 Stunden nicht sofort eingestellt werde. Militärabteilungen besetzten alle wichtigen Punkte, wie die Petroleumfelder, die Post und andere wichtige Gebäude. Die Araber haben Sabotageakte angedroht. Die englischen Behörden haben Nachricht erhalten, daß von den Arabern im Hafen von Tel Aviv mehrere Minen gelegt worden seien. In Jaffa sind bereits zwei englische Minensucher eingetroffen.

London, 22. Mai. Auf der Straße Tel Aviv—Jerusalem ist es gestern zu einem Zusammenstoß zwischen Arabern und englischen Soldaten gekommen, wobei vier Soldaten verletzt wurden, von welchen zwei im Krankenhaus starben. Diese Tatsache hat in den englischen Kreisen Palästinas große Erregung hervorgerufen. Beim englischen Kommissar erschien eine Offiziersabordnung, die die Verhängung des Belagerungszustandes über ganz Palästina verlangte.

Aus der Provinz kommen immer neue Meldungen über Uebersfälle und Brandstiftungen. Wie die englischen

Korrespondenten berichten, haben die jüdischen Kolonisten jetzt überall einen Selbstschutz eingerichtet. Fast jede jüdische Kolonie ist mit Stacheldraht umgeben, wobei auch vielfach Schützengräben ausgehoben wurden.

Weiter berichten die Zeitungskorrespondenten, daß gegenwärtig eine Reinigung der Polizei in Palästina von Arabern durchgeführt wird. In Jerusalem seien 80 arabische Polizisten entwaffnet und entlassen worden. An ihre Stelle wurde eine Hilfspolizei eingestellt, die sich zum Teil auch aus jüdischen Freiwilligen zusammensetzt.

Wie der englische Kommissar von Palästina erklärte, sind zur Beherrschung der Lage mindestens 5000 Soldaten nötig. Die Juden haben bereits zu wiederholten Malen die Forderung gestellt, man möge ihnen gefatten, eine militärische Macht zu bilden, damit sie mit den Arabern abrechnen können. Es wird gegenwärtig eine Reorganisation der früheren jüdischen Legion und der ehemaligen jüdischen Angehörigen des englischen Heeres durchgeführt.

Die telephonische Verbindung zwischen Jerusalem und Jaffa ist unterbrochen. Deshalb ist auch die telephonische Verbindung Jerusalem—Kairo unterbrochen.

Ein Kabinett wird geboren.

Wer regiert in Frankreich? Genau genommen: niemand. Die Regierung Sarraut ist weiter im Amt, gewiß, aber sie beschränkt sich auf die Führung der Geschäfte die ohne einschneidende politische Entscheidungen erledigt werden können. So erklärt sich auch das äußerlich ganz zurückhaltende Auftreten des Staatsministers Paul-Boncour in Genf, der an Stelle Flandins die Regierung vertrat. — Die Regierung Leon Blum ist erst im Werden, aber schon jetzt gilt jedes Wort Blums nicht weniger als das künftige des Regierungschefs. Wie stark hebt sich die Vorbereitung der neuen Regierung von früheren Regierungswechseln ab! Der erste Akt des neuen Mannes: die öffentliche Debatte im Landesrate der Sozialistischen Partei; sie galt nicht allein dem Vertrauensvotum der Partei für Blum und dem im Namen der Aktionseinheit an die Kommunisten gerichteten Appell, die Teilnahme an der Regierung nicht abzulehnen. Vielmehr drückte sie das Kraftbewußtsein der Partei in dem Entschlusse aus, wenn nötig allein mit einer reinen sozialistischen Parteiregierung die Verantwortung für die Durchführung des Volksfrontprogramms zu übernehmen. Wie stark die Sorge der Partei in Zukunft der Organisierung einer festen Basis in den arbeitenden Massen zu dienen habe, ohne die die parlamentarische Aktion der Regierung undurchführbar sein werde, kam in den Reden führender Parteifunktionäre deutlich zum Ausdruck.

Daß die Radikalsocialen und die Sozialistische Union sich dem Appell der Sozialisten zur Regierungsteilnahme kaum entziehen würden, war anzunehmen. Trotzdem werden auf der bevorstehenden Tagung der erweiterten Zentrale der Radikalsocialisten auch die gegnerischen Stimmen laut werden.

Inwieweit die Entscheidung der Kommunisten, endgültig die Mitwirkung an der Regierung abzulehnen, die Massen enttäuscht, ist schwer zu sagen. Denn gegenwärtig ist die Siegeszuversicht der Arbeiterparteien unbeschreiblich groß und kommt in allen Rundgebungen der Massen fast Tag für Tag mitreißend zum Ausdruck. Sicherlich aber steht die kommunistische Entscheidung kaum in Uebereinstimmung mit der Linie, die die Partei mit dem Volksfrontkurs eingeschlagen hatte. Soweit sich die Kommunisten nicht auf eine Abstimmung des Parteiongreßes von Villeurbanne vor zweieinhalb Monaten berufen, begründen sie ihre Haltung mit dem Wunsche, der neuen Regierung alle Schwierigkeiten und Angriffe zu ersparen, die sich aus der Teilnahme der Kommunisten ergeben würden. Kein eben sehr kampfenütziges Argument für eine Partei, die sich rühmt, der Sieger des Wahlkampfes geworden zu sein! In Wirklichkeit wollen sich die Kommunisten nicht gleich nach ihrem großen Wahl Erfolg den unsicheren Folgen der Teilnahme an der Regierungsverantwortung aussetzen, sondern streben mit Eifer danach, die Sprecher des Volkes gegenüber der neuen Regierung und die Verteidiger des Volksfrontprogramms sowohl der Blum-Regierung, als auch ihrer Gegner gegenüber zu werden. Dabei leitet sie die Hoffnung, sowohl bei den künftigen Erfolgen Blums als auch im Falle eines Veragens der neuen Regierung die Nutznießer der Lage zu werden, eine etwas gewagte Rechnung, wenn man bedenkt, wie wenig die öffentliche Meinung und das Wählervotum, vor allem im zweiten Wahlgang, die Parteien der einen Volksfront voneinander unterschieden hat. Viel näher liegt die Annahme, daß ein künftiges Veragen der Volksfrontregierung ganz anderer Lagern zugute kommen würde.

In jedem Falle trägt die Entscheidung der Kommunisten trotz aller Proklamationen der organischen Parteieinigungsverwünsche und des Willens zur internationalen Aktionseinheit der sozialistischen und kommunistischen Parteien nicht dazu bei, den Massenwünschen nach einer Verengerung des Verhältnisses zwischen den Arbeiterparteien in Frankreich zu entsprechen. Die kommunistische Partei will auch jetzt ihre Aufgabe in der Schaffung von Volksfrontkomitees sehen, ohne daß davon die Rede wäre, an diese durchaus nicht von der Hand zu weisende Arbeit in Anlehnung an die Massenorganisationen vor allem der Sozialistischen Partei heranzugehen.

Oesterreichs Arbeiter fordern Freiheit.

Ein Vorstoß bei Bundeskanzler Schuschnigg.

Jetzt wird bekannt, daß die österreichischen Arbeiter einen sehr bedeutenden Vorstoß unternommen haben, um die Wiederherstellung ihrer Freiheiten zu erreichen.

Am 30. April begab sich eine Delegation aus einer in der Wiener Arbeiterkammer tagenden Konferenz zum Bundeskanzler Schuschnigg, um ihm die Forderungen der österreichischen Arbeiter zu überbringen. Diese Forderungen wurden in einem Memorandum festgehalten, das die Abordnung dem Bundeskanzler übergab. An der Abordnung waren Vertrauensmänner aus fast allen Wiener Großbetrieben, vor allem aber aus der Metallindustrie, beteiligt. An der Konferenz in der Arbeiterkammer hatten mehr als 100 Betriebsobmänner teilgenommen.

Das dem Bundeskanzler überreichte Memorandum enthält ein Bekenntnis zur Unabhängigkeit Oesterreichs, verlangt aber mit der größten Entschiedenheit die Wiederherstellung der wirtschaftlichen und politischen Rechte der Arbeiterklasse.

In dem Memorandum heißt es, daß die ungeheure Erregung der Arbeiterklasse nicht nur aus den Vorgängen der letzten Zeit zu erklären sei, sondern daß die letzte Ursache in den Ereignissen vom Februar 1934 zu finden ist.

Es werde immer deutlicher, daß zwischen den Aussagen, die nach den Februarereignissen gemacht wurden und den wirklichen Ereignissen auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet ein sichtbarer und weitgehender Gegensatz besteht. Die Löhne und Gehälter würden trotz ständig gesteigerter Lebenshaltungskosten ständig gekürzt. Die Preisfestsatzaktion bleibe weit hinter den Erwartungen zurück, die Erneuerung der Kollektivverträge stöße auf den Widerstand der Unternehmer. Bestehende Ver-

träge würden verschlechtert oder nicht eingehalten und die Gewerkschaft sei nicht imstande, diesem Uebelstand abzuhelfen. Oesterreichs Arbeiterschaft, politisch und gewerkschaftlich gut durchschult, erkenne klar und deutlich die tieferen Ursachen des sozialen Rückschlittes.

Vor aller Deseffektivität bekenne sie sich dazu, daß eine wirkliche Besserung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse nur zu erreichen sei, wenn der Arbeiter- und Angestelltenstand das volle Selbstbestimmungsrecht in freien und unabhängigen Organisationen gegeben wird. Sie verlange Selbstverwaltung und Selbstbestimmung in allen den Interessen der Arbeiter und Angestellten dienenden Organisationen. Selbstverwaltung und Selbstbestimmung sei allerdings nicht jener Zustand, der heute als „Selbstverwaltung und Selbstbestimmung“ hingestellt werden.

Das Memorandum fordert dann eine wirtschaftliche und politische Generalamnestie und verweist darauf, daß Oesterreich in seinem Kampfe um die Unabhängigkeit alle Kräfte heranziehen müsse, die für diese Unabhängigkeit eintreten.

Wenn die Regierung um die Unabhängigkeit Oesterreichs kämpfen wolle, dann müsse sie den Zustand aufheben, der die Arbeiter und Angestellten unter ein Sonderrecht stellt und sie zu Menschen zweiter Kategorie macht. Arbeiter und Angestellte dürften heute weder ihre Bestimmung frei bekunden, noch ihre Meinung sagen, noch sich in freien, unabhängigen Organisationen zusammenschließen. Die Wiederherstellung der Freiheitsrechte für die Arbeiterschaft sei das Gebot der Stunde.

Eine Boykottaktion gegen Baumwolle und Jute.

Die Bevölkerung Polens soll nur Leinenstoffe kaufen.

In Warschau fand eine Sitzung eines Organisationskomitees für den Kampf gegen Baumwolle und Jute statt. An der Sitzung nahmen u. a. teil die Abgeordnete Frau Brystor, der Abg. Dembielski, ein Delegierter des Boykottkomitees, der Direktor der staatlichen Landwirtschaftsbank usw. Beschllossen wurde, den Boykott aller

Waren zu erklären, die aus Baumwolle und Jute, welche Rohstoffe bekanntlich aus dem Auslande eingeführt werden, hergestellt werden. Zugleich soll die Bevölkerung aufgefordert werden, die aus polnischem Flach hergestellt Leinenstoffe zu kaufen. An den Staatspräsidenten wurde die Bitte gerichtet, eine Beschränkung der Baumwoll- und Juteeinfuhr anzuordnen. Von diesen Beschlüssen wurden in Telegrammen auch der Ministerpräsident, der Generalinspekteur der Armee, sowie die Minister für Landwirtschaft, Handel und Krieg in Kenntnis gesetzt.

